

Prüfsteine des Dachverbands der Migrantinnenorganisationen (DaMigra e.V.)

zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021

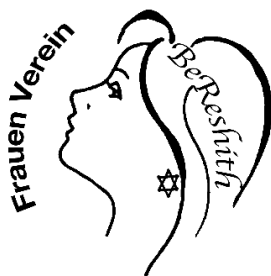
Inhalt

Über DaMigra	4
Arbeitsmarkt	5
Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für migrierte und geflüchtete Frauen* und deren Nachkommen	5
Prekäre Arbeitsbedingungen von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* vor und während der Corona -Pandemie	5
Migration Pay Gap & Rassismus auf dem Arbeitsmarkt.....	6
Altersarmut von migrierten Frauen* und deren Nachkommen	7
Bildung	8
Förderung migrierter Kinder und Jugendlicher vor und während der Corona -Pandemie.....	8
Gewalt gegen Frauen*	9
Verbesserung und Ausbau der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene migrierte Frauen*	9
Gesundheit	10
Ganzheitliche Gesundheitsversorgung für migrierte Frauen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte	10
Mehrsprachige Gesundheitsangebote	10
Weiterbildung des medizinischen Personals	11
Zugang zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum	11
Politische Teilhabe.....	12
Politische Teilhabe für migrierte Frauen* und deren Nachkommen	12
Kontakt.....	14

Erstellt federführend von



In Zusammenarbeit mit AFIMA und BeReshith



Über DaMigra

Der Dachverband der Migrantinnenorganisationen – DaMigra – agiert seit 2014 als bundesweiter herkunftsunabhängiger und frauen*spezifischer Dachverband von Migrantinnen*organisationen.

DaMigra ist parteipolitisch, weltanschaulich sowie konfessionell unabhängig. DaMigra versteht sich als Sprachrohr und Repräsentantin von 71 Migrantinnen*organisationen und setzt sich bundesweit für ihre Interessen in Politik, Öffentlichkeit, Medien und Wirtschaft ein.

In **Sachsen-Anhalt** ist DaMigra nicht nur in den **Städten wie Halle und Magdeburg mit Büros vor Ort**, sondern auch im **ländlichen Raum** durch verschiedene Kooperationen mit Mitgliedsorganisationen **und diversen Migrantinnengruppen** sowie politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vertreten.

Das Leitmotiv und zentrale Ziel ist **Empowerment**, was die gleichberechtigte politische, soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe von Migrantinnen* am gesellschaftlichen Leben in Deutschland einschließt.

Gleichermaßen geht es um die **Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und anderen Formen von Ungleichheiten und Mehrfachdiskriminierungen**. Daher richtet sich der Dachverband gegen jegliche Formen von Diskriminierung von Menschen, sei es auf Grund der sozialen und ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Hautfarbe, der sexuellen Identität, der Behinderung, des Alters oder der Weltanschauung. Dabei beruft sich DaMigra auf die europäischen und internationalen Menschenrechtskonventionen.

Arbeitsmarkt

Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für migrierte und geflüchtete Frauen* und deren Nachkommen

Ein großer Teil migrierter Frauen* hat oftmals kaum oder nur auf einige wenige Berufe beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Regeldienste zur Förderung der besseren Teilhabe von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* sind wenig auf diese heterogene Zielgruppe ausgerichtet. Hinzu kommen vielfache Ausschlussmechanismen rechtlicher und struktureller Natur. Migrierte* Frauen haben aufgrund von Stereotypisierungen nicht den vollen Zugriff auf bestehende Weiterbildungsangebote. Zum anderen hindern sie die fehlenden Kinderbetreuungs-Maßnahmen an der Teilnahme. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland bedarf einem hohen und unüberschaubaren bürokratischen Aufwand für die Frauen* und Behörden selbst.

1. Welche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen* plant Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode?
2. Welche Art von Qualifizierungsangeboten plant Ihre Partei für diese Zielgruppen?
3. Inwiefern berücksichtigen Sie für Deutschkurse und andere Weiterbildungsmaßnahmen diese zu familienfreundlichen Zeiten?
4. Wie gewährleisten Sie eine entsprechende Kinderbetreuung in den Kommunen?
5. Was unternimmt Ihre Partei, um die Anerkennung vom im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen (formelle Abschlüsse wie auch weitere Berufserfahrungen) unbürokratischer und effizienter zu gestalten?

Prekäre Arbeitsbedingungen von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen* vor und während der Corona-Pandemie

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Migrantinnen* zunehmend in systemrelevanten Berufen in der Pflege und im Dienstleistungssektor beschäftigt sind. Diese Arbeitsverhältnisse sind von Prekarität, Befristung und gesundheitlicher Belastung geprägt. Viele Frauen* berichten uns, dass sie trotz guter Qualifizierung und Berufsabschlüsse von Berater*innen in schlechte Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, die nicht in Bezug zu ihrem eigentlichen Beruf stehen. Nicht zuletzt die Anwendung stereotyper Rollenbilder und sexistisch-rassistische Diskriminierungen trägt hierzu bei.

1. Planen Sie die bessere Anerkennung und die bessere Bezahlung der in der Gastronomie-, Hotellerie, Pflege- und Reinigungsbranche tätigen Frauen* durch beispielsweise eine Einführung eines gesetzlich verankerten Tarifvertrages?

2. Welche Maßnahmen wollen Sie ausbauen, um Migrantinnen* über ihre Arbeitsrechte zu informieren?
3. Das Grundgesetz verankert das Recht auf die freie Berufswahl: Was werden Sie tun, damit migrierte Frauen* in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden, die tatsächlich ihren Qualifikationen und Fähigkeiten entsprechen?

Migration Pay Gap & Rassismus auf dem Arbeitsmarkt

Migrantinnen* sind einer Mehrfachdiskriminierung am Arbeitsmarkt ausgesetzt: Sie werden oftmals nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch rassistisch diskriminiert. Die Folgen sind neben den gesundheitlichen und psychischen Belastungen, schlechte Arbeitsbedingungen und niedriges Gehalt. Das Lohngefälle für migrierte Frauen* gegenüber nicht migrierten Männern, ist demnach noch höher als zu Frauen* ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte. Zudem drängen ausbleibende berufliche Anerkennungen, unsichere oder fehlende Aufenthaltstitel und oftmals finanzielle Not migrierte und geflüchtete Frauen* in einigen Fällen in unangemeldete und weder arbeits- noch sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse. Es handelt sich hierbei um Ausbeutungsverhältnisse, die den Frauen* grundlegende Arbeitnehmerinnenrechte wie Krankenversicherung und geregelte Arbeitszeiten verwehren.

1. Hat Ihre Partei vor, die Lücke des Gender Migration Pay Gap durch spezifische Maßnahmen für Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu schließen?
2. Welche Maßnahmen planen Sie, um zu vermeiden, dass Frauen* mit Fluchtgeschichte in unangemeldete und weder arbeits- noch sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden?
3. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Rassismus und Sexismus auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, damit auch migrierte Frauen* gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten?

Altersarmut von migrierten Frauen* und deren Nachkommen

Migrierte Frauen* & deren Nachkommen erleben derzeit diskriminierende Altersarmut. Gründe dafür sind: prekäre Jobs, Arbeitslosigkeit, Aberkennung ihrer Qualifikationen und die Nicht-Berücksichtigung der „ausländischen“ Arbeits- & Kindererziehungszeiten in der deutschen Rentenversicherung. Die Rentenberechnung der jüdischen Kontingentflüchtlinge beginnt beispielsweise erst mit der Einwanderung nach Deutschland. Frauen* in den ostdeutschen Bundesländern sind aufgrund der Privatisierungen und Umstrukturierungen der Industrie, Lehre und vor allem Wirtschaft in den 1990er Jahren besonders betroffen.

1. Wie werden Sie der Altersarmut der migrierten Frauen* und deren Nachkommen entgegenwirken?
2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die migrationsbedingte Altersarmut zu bekämpfen?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Altersarmut der sogenannten Kontingentflüchtlinge zu bekämpfen?

Bildung

Förderung migrierter Kinder und Jugendlicher vor und während der Corona-Pandemie

Obwohl in Deutschland die Schulpflicht besteht, wird diese für geflüchtete Kinder und Jugendliche, deren Aufenthaltsstatus ungeklärt ist, in manchen Bundesländern zeitweise ausgesetzt. In Schulen haben die Nachkommen von Migrantinnen* besonders häufig mit Mobbing und Rassismus zu kämpfen. Unter der Corona-Pandemie ist auch das Thema Chancengleichheit für alle Kinder erneut in den Fokus gerückt: Die fehlenden technischen Voraussetzungen für das Home-Schooling und das Fernbleiben von Bezugspersonen (wie Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen etc.), erschweren insbesondere migrantischen und geflüchteten Jugendlichen das Lernen zu Hause. Zudem wird ihnen aufgrund rassistischer Diskriminierung oftmals der Zugang zu Gymnasien verwehrt.

1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Thema *Interkulturelle Vielfalt* durch eine Aktualisierung der Schulbücher, Lehrmittel und Unterrichtssprachen in die Lehrpläne einzuführen?
2. Was unternimmt Ihre Partei, um rassistische Diskriminierungen und Mobbing an Schulen zu unterbinden?
3. Was planen Sie, um die Betreuung migrierter Kinder im Home-Schooling zu gewährleisten?
4. Was unternimmt Ihre Partei, um die Fördergelder im Bereich Digitalisierung für benachteiligte Kinder auf unbürokratischem und effizientem Wege zu nutzen (beispielsweise für die Verteilung und Installierung von technischem Equipment zu Hause wie Laptops, WLAN etc.)?

Gewalt gegen Frauen*

Verbesserung und Ausbau der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene migrierte Frauen*

Migrierte* und geflüchtete Frauen* sind wie alle anderen Frauen* von Gewalt betroffen. Zusätzlich erschweren gesetzliche Bestimmungen wie beispielsweise zum Aufenthaltsstatus, Asylrecht etc. ihre persönliche und familiäre Situation. Im Alltag erleben die Frauen* nicht nur sexistische, sondern auch rassistische Gewalt. Aufgrund des strukturellen Rassismus und Sexismus in den verschiedenen Hilfestrukturen wird die besondere Vulnerabilität der Frauen* verkannt. In Frauenhäusern gibt es für migrierte Frauen*, insbesondere mit Kindern, oft keine freien Plätze.

1. Planen Sie mehrsprachige Hilfsangebote und die Einstellung von mehrsprachigem Personal, um Zugänge zu Frauenhäusern für Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Sachsen-Anhalt zu erleichtern?
2. Planen Sie, die Frauen* mit Fluchtgeschichte besser vor Gewalt zu schützen, indem Sie die Wohnsitzauflage aufheben?
3. Planen Sie eine bedarfsgerechte Aufstockung von Betten für alle Frauen* in den Frauenhäusern, auch für Frauen*, die mehrere Kinder mitbringen?
4. Inwiefern planen Sie eine verpflichtende Auflage für (Diversitäts-)sensibilisiertes und mehrsprachiges Personal in Unterstützungsstrukturen für von Gewalt betroffenen Frauen* z. B. in den Bereichen Kinder- und Erwachsenenpsychologie aus?
5. Welchen Maßnahmenplan für den Ausbau der Beratungsstellen in ländlichen Regionen erarbeitet Ihre Partei?

Gesundheit

Ganzheitliche Gesundheitsversorgung für migrierte Frauen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte

Frauen*, deren Aufenthaltsstatus ungeklärt ist und die sich in Gemeinschaftsunterkünften befinden erleben in vielen Fällen Barrieren zur Gesundheitsversorgung, obwohl sie traumatisiert sind und sich teilweise in körperlich schlechter Verfassung befinden. Insbesondere für schwangere Frauen* oder Frauen* nach der Geburt muss ein Zugang zu reproduktiven medizinischen Angeboten ohne Hürden gesichert sein. Den Frauen* in den Unterkünften muss eine ganzheitliche Betreuung durch eine Hebamme ermöglicht werden, um die eigene Gesundheit und die Gesundheit des Kindes zu stärken und präventiv zu handeln.

1. Planen Sie, eine einheitliche Betreuung durch Hebammen für Frauen* in den Gemeinschaftsunterkünften umzusetzen?
2. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den Zugang zur sexuellen und reproduktiven Vorsorge- und Beratungsangebote für geflüchtete Frauen* in Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen?
3. Wie planen Sie den Zugang zum Gesundheitssystem für migrierte Frauen* tatsächlich zu gewährleisten?
4. Wie werden Sie einen einheitlichen Zugang Geflüchteter ohne gültige Papiere z. B. durch die Einführung eines anonymen Krankenscheins sicherstellen?

Mehrsprachige Gesundheitsangebote

Sprachbarrieren seitens der migrierten Frauen* sowie der Beschäftigten im Gesundheitssektor, fehlende Beratungsangebote und mangelnde Kenntnisse des deutschen Gesundheitssystems erschweren migrierten geflüchteten Frauen* und ihren Kindern den Zugang und die Inanspruchnahme von Leistungen innerhalb der Gesundheitsversorgung. Mehrsprachige Gesundheitsangebote und Informationen in leichter Sprache sind unabdinglich, um migrierten und geflüchteten Frauen* einen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen und sie auch über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu informieren.

1. Inwiefern wollen Sie flächendeckende mehrsprachige Beratungsangebote innerhalb der Gesundheitsleistungen und präventiven Gesundheitsversorgung ausbauen?
2. Plant Ihre Partei, Material und Präventivkurse im Gesundheitssektor mehrsprachig gestalten zu lassen?

Weiterbildung des medizinischen Personals

Eine angemessene Gesundheitsversorgung kann nur gewährleistet werden, wenn medizinisches Personal in jeder Klinik und Praxis privat oder öffentlich geführt – ob auf dem Land oder in Städten – in den spezifischen Belangen migrierter und geflüchteter Frauen* geschult und sensibilisiert ist. Grundlegende Kenntnisse in den Bereichen weibliche Genitalverstümmelung (FGM), spezifischen Behandlungen nach Hautfarbe der Patient*innen, Flucht und Trauma, interkulturelle und gewaltfreie Kommunikation, Anti-Diskriminierung und Antirassismus sind dabei notwendig.

1. Sehen Sie ein Diversitäts-Modul in den verschiedenen Gesundheitsausbildungen und Studiengängen vor?
2. Inwiefern planen Sie Schulungskonzepte für bereits praktizierendes Personal im Gesundheitswesen zu oben genannten Themen?

Zugang zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Besonders in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts besteht ein massiver Ärzt*innen- und Fachärzt*innenmangel. Viele Migrantinnen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte leben im regionalen Umland. Die mangelnde gesundheitliche Infrastruktur trifft sie im besonderen Maße. Die wenigen vorhanden Praxen haben oft nicht das Wissen und die diversitätssensiblen und sprachlichen Kenntnisse, um sie entsprechend zu behandeln. Ihre medizinische Versorgung ist daher nur unzureichend gewährleistet, da sie oftmals lange auf einen Termin warten oder gezwungen sind, in andere Städte für einen Arzttermin zu fahren. Insbesondere für alleinerziehende migrierte Frauen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte ist diese Situation unzumutbar und kostet sie Zeit, Geld und gesundheitliches Wohlergehen.

1. Wie wird Ihre Partei den Ausbau der medizinischen Infrastruktur in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts vorantreiben?
2. Was wird Ihre Partei tun, um dabei die Bedürfnisse von migrierten* Frauen* und Frauen* mit Fluchtgeschichte zu berücksichtigen?

Politische Teilhabe

Politische Teilhabe für migrierte Frauen* und deren Nachkommen

Frauen* sind in Parlamenten und Gremien unterrepräsentiert, insbesondere auf der Landes- & Kommunalebene. Noch massiver ist die Unterrepräsentanz von Abgeordneten mit Migrationsbiografie - und Erfahrung. Obwohl 8 % der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen laut Statistischem Bundesamt eine Migrationsgeschichte besitzen, spiegelt sich dies nicht in den Parlamenten des Landes wider. Das politische Engagement von migrierten Frauen* wird von der Politik nicht ausreichend gefördert und anerkannt. Somit sind sie aufgrund des Geschlechts und ihrer Migration von der strukturellen Ausgrenzung und Mehrfachdiskriminierung betroffen.

1. Sind Sie für Parität und Diversität in den Parlamenten?
2. Wie positionieren Sie sich zur Forderung nach verpflichtender geschlechtergerechter und diverser Besetzung der Wahllisten von Parteien?
3. Welche Diversity- und Antirassismus-Ansätze werden Sie nutzen, um die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in Ihrer Partei abzubilden?
4. Welche Fördermaßnahmen für die politische Teilhabe von migrierten Frauen* & deren Nachkommen haben Sie geplant?
5. Wollen Sie sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht auf Kommunal- / Landesebene für alle ab einer bestimmten Aufenthaltsdauer (z. B. 2 Jahre) einsetzen?

Interkulturelle Öffnung und Diversität in den Behörden

Um die Vielfalt der Gesellschaft in institutionellen Strukturen widerzuspiegeln, braucht es wirksame Maßnahmen. Die bisher mangelnde Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes in Berlin hat gezeigt, dass die Bestrebungen von Behörden ihre Strukturen diverser zu gestalten gering bleiben, werden diese nicht überprüft. Politische Maßnahmen sind daher notwendig, um eine Öffnung zu mehr Diversität bundesweit voranzutreiben.

1. Welche gesetzliche Regelung sehen Sie vor, um die Partizipation von Frauen* mit Migrationsgeschichte in institutionellen Strukturen in Sachsen-Anhalt zu verbessern?
2. Welche interkulturellen Öffnungsprozesse in Institutionen erarbeiten Sie?
3. Planen Sie eine Regelung für Bewerbungsverfahren, die Frauen* mit Migrationsgeschichte in besonderem Maße berücksichtigt, um sie als Teil unserer Gesellschaft auch in der Verwaltung abzubilden?

Intersektionale Gleichstellungspolitik

Migrierte und geflüchtete Frauen* sind in besonderem Maße von Ungleichheiten betroffen, da sie nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch aufgrund ihrer (vermeintlichen) Migrationsgeschichte diskriminiert werden. Gleichstellungspolitik muss intersektional werden und aktiv anti-rassistische Arbeit leisten, um Frauen* vor jeglicher Form der Ungleichbehandlung zu schützen. Dies kann nur stattfinden, wenn die einzelnen Beauftragten - wie Migrationsbeauftragte, Behindertenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte - eng zusammenarbeiten.

1. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um Angestellte im öffentlichen Dienst in den Ausländerbehörden, im Jobcenter, usw. für das Thema intersektionale Diskriminierung zu sensibilisieren?
2. Wie planen Sie, das Thema Antirassismus in der Gleichstellungspolitik stärker einzubinden?
3. Bis wann werden Sie alle bestehenden Gleichstellungsgesetze auf die Öffnung für intersektionale Diskriminierungstatbestände hin überprüft haben?
4. Welche Ressourcen sehen Sie für Migrantinnen*selbstorganisationen vor und wie wollen Sie diese im Bereich der Gleichstellung einbinden?

Antirassistische und feministische politische Bildung

Nur eine starke demokratische Zivilgesellschaft und Politik können ein Erstarken von Rechtsnationalismus und Menschenfeindlichkeit verhindern. Rechtspopulistische Bewegungen positionieren sich klar gegen gleichstellungs- und diversitätspolitische und feministische Bewegungen. Die politische Bildung im Bereich Antirassismus und Antisexismus hierfür übernehmen seit Jahrzehnten gemeinnützige Vereine, NGOs, Migrant*innenselbstorganisationen u. a., in vielen Fällen sogar ehrenamtlich.

1. Planen Sie, sich für ein Demokratieförderungsgesetz einzusetzen?
2. Wie werden Sie gemeinnützige Vereine und NGOs, die politische Bildung zu Antisexismus/Antirassismus leisten und damit gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglichen, strukturell fördern?
3. Welche Schritte plant Ihre Partei gegen Gewalt und Hetze im Netz an frauenpolitische und migrantische Gruppen?

Kontakt

presse@damigra.de

